



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr
Status:	öffentlich
Datum	22.08.2016

TOP 4. Neufassung der Straßensondernutzungsgebührensatzung VA 50/2016

StAR Vißer leitet ein, dass die letzte Anpassung der Straßensondernutzungsgebühren zum 01.01.2004 erfolgt sei und daher nunmehr eine Anpassung erforderlich werde. Die Grundlage der Gebührenanpassung bilde die Steigerung des Verbraucherpreisindex, der in den letzten 13 Jahren um 19 v.H. gestiegen sei. Außerdem seien neue, bisher nicht enthaltene Gebührentatbestände eingeführt worden. StAR Vißer stellt einzelne Gebührentatbestände im Vergleich zu der bisher gültigen Straßensondernutzungssatzung und dem dazugehörenden Gebührentarif vor.

StAR Vißer erläutert die Berechnung der Sondernutzungsgebühren für die Überschreitung der Längen- und Gewichtsbeschränkung anhand von Beispielen.

1. stv. BM Stange fragt, ob festgelegt sei, welche Fahrzeuge zum Katastrophenschutz gehören, da die Unternehmen, die diese Fahrzeuge vorhielten, hieraus einen wirtschaftlichen Vorteil zögen. StAR Vißer antwortet, dass die Regelung seines Wissens nach aus den siebziger Jahren stamme und damals festgelegt worden sei, dass je Unternehmen maximal zwei Fahrzeuge zulässig seien. RM Aldegarmann regt an, dass diese Regelung überprüft werden solle.

1. stv. BM Stange weist darauf hin, dass die Regelung zu 7.1 des Gebührentarifs geändert werden müsse, da die zulässige Gesamtmasse bzw. Gesamtlänge Gegenstand der Gebührenberechnung sein müsse. Die tatsächliche Gesamtmasse bzw. Gesamtlänge könne nicht überprüft werden. StAR Vißer entgegnet, dass dies bereits in der Anlage zur Sitzungsvorlage geändert sei und die zulässige Gesamtmasse bzw. Gesamtlänge bei den Jahresgenehmigungen berücksichtigt werde. Bei Einzelgenehmigungen könne man die tatsächliche Gesamtmasse bzw. Gesamtlänge berücksichtigen.

BG Ennen macht darauf aufmerksam, dass die Erhebung von Straßensondernutzungsgebühren für Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs zu einer Fahrpreiserhöhung führen könne. Gleiches gelte für die auf Norderney ansässigen Fuhrunternehmen. BG Ennen unterstreicht, dass die Gebühren für sehr schwere und sehr lange Fahrzeug deutlich zu niedrig seien, um die Nutzung dieser Fahrzeuge auf Norderney unattraktiv zu machen. Insbesondere die extrem schweren Fahrzeuge würden die Straßen schädigen, sodass die Gebühr in keinem Verhältnis zur Schädigung der Straße stünde. StAR Vißer entgegnet, dass bei der Gebührenberechnung die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden müsse, sodass ein Anheben der Sondernutzungsgebühren für einmalige Fahrten eine erhebliche Auswirkung auf die Jahresgebühren hätte.

RM Kiefer legt dar, dass eine Beschlussfassung seines Erachtens noch nicht möglich sei, weil die Gebührenhöhe insbesondere für extrem schwere Fahrzeug noch nicht zufriedenstellend sei. BG Stange und BG Ennen pflichten den Ausführungen des RM Kiefer bei.

BM Ulrichs schlägt vor, dass eine Gebührenfestsetzung für extrem schwere Fahrzeuge gesondert erfolgen solle. Er könne sich eine Pauschalgebühr in Höhe von 500,00 EUR für ein Fahrzeug mit 75 to vorstellen.

RM Bakker-Dinkla schlägt vor, dass man die vorgeschlagene Gebührenstaffelung bis einer bestimmten Obergrenze beibehalten könne und über diese Obergrenze hinaus gesonderte Gebühren festlege. StAR Vißer schlägt diesbezüglich vor, dass die Grenze bei 18 to und 12,5 m liegen könne. RM Aldegarmann begrüßt den Vorschlag.

RM Budde fragt, weshalb man die Gebührensatzung nicht im Vorfeld im Arbeitskreis Verkehr besprochen habe. Er sehe derzeit einen erheblichen Klärungsbedarf und halte eine Beschlussfassung für nicht möglich. RM Kiefer ergänzt, dass man in der Kürze der Zeit nicht die sich ergebenden Auswirkungen abschätzen könne. Daher solle man die Thematik an die einzelnen Fraktionen oder den Arbeitskreis verweisen.

RM Aldegarmann weist darauf hin, dass der Baubeginn am 01.10.2016 bevorstünde und bis dahin eine Beschlussfassung erfolgt sein solle. BG Ennen schlägt vor, dass man die unkritischen Punkte der Gebührensatzung verabschieden könne.

BM Ulrichs entgegnet, dass eine Beschlussfassung über einzelne Punkte nicht zielführend sei.

RM Aldegarmann schlägt daher vor, dass der Ausschuss sich in der nächsten Sitzung erneut mit der Sondernutzungsgebührensatzung beschäftigen werde.

Beschluss

Der Ausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung erneut mit der Sondernutzungsgebührensatzung befassen.

7 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen